



Mitteilung

Berlin, den 9. Oktober 2014

**Die 21. Sitzung des Finanzausschusses
findet statt am
Mittwoch, dem 15. Oktober 2014, 9:15 Uhr
Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 400**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-32468
Fax: +49 30 227-36844

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30302
Fax: +49 30 227-36338

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der
Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur
Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und
Abwicklung von Kreditinstituten und
Wertpapierfirmen und zur Änderung der
Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien
2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG,
2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und
2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr.
1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen
Parlaments und des Rates (BRRD-
Umsetzungsgesetz)**

BT-Drucksachen 18/2575, 18/2626

Hierzu wurde verteilt:

*Ausschussdrucksache 18(7)97
Ausschussdrucksache 18(7)98
Ausschussdrucksache 18(7)100*

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für die Angelegenheiten der
Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Voten angefordert für den: 15.10.2014



b) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 21. Mai 2014 über die Übertragung von Beiträgen auf den einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge

BT-Drucksachen 18/2576, 18/2627

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Voten angefordert für den: 15.10.2014

Tagesordnungspunkt 2

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 24. Juni 2013 zur Änderung des Abkommens vom 4. Oktober 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des dazugehörigen Protokolls

BT-Drucksache 18/2660

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 18(7)91

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Voten angefordert für den: 15.10.2014

b) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Februar 2014 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Costa Rica zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

BT-Drucksache 18/2659

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 18(7)94

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Voten angefordert für den: 15.10.2014



c) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 11. März 2014 zur Änderung des Abkommens vom 1. Juni 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

BT-Drucksache 18/2661

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 18(7)95

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Voten angefordert für den: 15.10.2014

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Gemeindefinanzsteuer einführen - Kommunalfinanzen stärken

BT-Drucksache 18/1094

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Innenausschuss

Voten angefordert für den: 15.10.2014

Tagesordnungspunkt 4

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung der Abhängigkeit von Ratings

BT-Drucksache 18/1774

Federführend:

Finanzausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung



Tagesordnungspunkt 5

Selbstbefassung

- a) Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu dem Thema "Versicherungsaufsicht"
- b) Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu dem "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung" (BR-Drs. 431/14)
(Stichwort: Strafbefreiende Selbstanzeige)

Tagesordnungspunkt 6

Selbstbefassung

Abg. Dr. Gerhard Schick berichtet über die Anhörung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Thema "Hochfrequenzhandel"

Tagesordnungspunkt 7

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht zur Steuerbegünstigung für Biokraftstoffe 2013

BT-Drucksache 18/2437

Federführend:
Finanzausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Haushaltsausschuss

Voten angefordert für den: 15.10.2014



Tagesordnungspunkt 8

Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen

Bericht über aktuelle finanz- und steuerpolitische Entwicklungen in der EU/ECOFIN-Rat

Hierzu wurde verteilt:

Ausschussdrucksache 18(7)96

Tagesordnungspunkt 9

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Strategie und den Aktionsplan der EU für das Zollrisikomanagement:
Umgang mit Risiken, Erhöhung der Sicherheit der Lieferkette und Vereinfachung des Handels**

KOM(2014)527 endg.; Ratsdok.-Nr: 12644/14

Ressortbericht BMF 04.09.2014

Ressortbericht BMF 04.09.2014

Federführend:
Finanzausschuss

Mitberatend:
Innenausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Voten angefordert für den: 15.10.2014

Tagesordnungspunkt 10

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

BT-Drucksachen 18/2577, 18/2629

Federführend:
Haushaltsausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gutachtlich:
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014



b) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Finanzhilfeeinstrumente nach Artikel 19 des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus

BT-Drucksachen 18/2580, 18/2628

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014

c) Antrag des Bundesministeriums der Finanzen

Durchführungsbestimmungen zum Instrument der direkten Bankenrekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM); Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 ESM-Finanzierungsgesetz (ESMFinG)

BT-Drucksache 18/2669

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014

Tagesordnungspunkt 11

Unterrichtung durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag)

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union vom 20. bis 22. Januar 2014 in Brüssel, Belgien

BT-Drucksache 18/2120

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014



Tagesordnungspunkt 12

- a) Antrag der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Sofortiges Moratorium für die Wohnungs- und Grundstücksverkäufe durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

BT-Drucksache 18/1952

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Finanzausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Tobias Lindner, Christian Kühn (Tübingen), Lisa Paus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Moratorium beim Verkauf von Wohnimmobilien in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

BT-Drucksache 18/1965

Federführend:

Haushaltsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Finanzausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014

Tagesordnungspunkt 13

- a) Antrag der Abgeordneten Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Deckungslücken der Sozialen Pflegeversicherung schließen und die staatlich geförderten Pflegezusatzversicherungen - sogenannter Pflege-Bahr - abschaffen

BT-Drucksache 18/591

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014

- b) Antrag der Abgeordneten Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau), Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Menschenrecht auf gute Pflege verwirklichen - Soziale Pflegeversicherung solidarisch weiterentwickeln

BT-Drucksache 18/1953

Federführend:

Ausschuss für Gesundheit

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014



Tagesordnungspunkt 14

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation

Ende der Subsidiaritätsfrist: 3. Januar 2012

KOM(2011)654 endg.; Ratsdok.-Nr: 16000/11

Ressortbericht BMJ 20.02.2012

UBW 20.02.2012

Ressortbericht BMJV 22.01.2014

EU-Folgedokumente:

16000/11 COR 1 vom 25.10.2011

18863/11 vom 21.12.2011

6982/12 vom 27.02.2012

7806/12 vom 19.03.2012

8253/12 vom 30.03.2012

8647/12 vom 13.04.2012

9020/12 vom 24.04.2012

13037/12 vom 25.07.2012

12893/12 vom 26.07.2012

12935/12 vom 26.07.2012

12979/12 vom 05.09.2012

14511/12 vom 05.10.2012

14598/12 vom 17.10.2012

15146/12 vom 18.10.2012

15586/12 vom 29.10.2012

15841/12 vom 06.11.2012

16288/12 vom 19.11.2012

16603/12 vom 28.11.2012

16820/12 vom 03.12.2012

K(2013)263 endg. vom 25.01.2013

5762/13 vom 28.01.2013

P7 TA-PROV(2013)0276 vom 13.06.2013

17714/13 vom 13.12.2013

17895/13 vom 19.12.2013

P7 TA-PROV(2014)0057 vom 04.02.2014

5908/14 vom 05.02.2014

8261/14 vom 04.04.2014

8261/1/14 REV 1 vom 10.04.2014

8768/14 vom 11.04.2014

9153/14 vom 22.04.2014

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der

Europäischen Union

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014



Tagesordnungspunkt 15

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen

Ende der Subsidiaritätsfrist: 24. Oktober 2011

KOM(2011)445 endg.; Ratsdok.-Nr: 13260/11

Ressortbericht BMJ 26.08.2011

Ressortbericht BMJ 30.08.2011

UBW 06.10.2011

EU-Folgedokumente:

13746/11 vom 05.09.2011

15844/11 vom 21.10.2011

16572/11 vom 09.11.2011

5173/12 vom 11.01.2012

13701/12 vom 20.09.2012

14799/12 vom 26.10.2012

15478/12 vom 30.10.2012

15918/12 vom 09.11.2012

16350/12 vom 22.11.2012

17738/12 vom 18.12.2012

7272/13 vom 13.03.2013

8806/13 vom 26.04.2013

9395/13 vom 16.05.2013

10047/13 vom 27.05.2013

11713/13 vom 28.06.2013

13364/13 vom 09.09.2013

13371/13 vom 09.09.2013

14119/13 vom 27.09.2013

15288/13 vom 31.10.2013

15948/13 vom 08.11.2013

16136/13 vom 15.11.2013

16571/13 vom 22.11.2013

16991/13 vom 28.11.2013

16817/13 vom 29.11.2013

16818/13 vom 29.11.2013

17429/13 vom 11.12.2013

18025/13 vom 20.12.2013

18025/1/13 REV 1 vom 15.01.2014

5924/14 vom 30.01.2014

5940/14 vom 31.01.2014

5940/14 COR 1 vom 03.02.2014

6213/14 vom 06.02.2014

6215/14 vom 06.02.2014

6526/14 vom 17.02.2014

6771/14 vom 20.02.2014

P7 TA-PROV(2014)0367 vom 15.04.2014

8662/14 vom 29.04.2014, 9348/14 vom 05.05.2014, 9692/14 vom 12.05.2014, 9815/14 vom 13.05.2014

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014



Tagesordnungspunkt 16

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum strafrechtlichen Schutz des Euro und anderer Währungen gegen Geldfälschung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2000/383/JI des Rates

Ende der Subsidiaritätsfrist: 9. April 2013

KOM(2013)42 endg.; Ratsdok.-Nr: 6152/13

UBW 18.03.2013

Ressortbericht BMJ 21.02.2013

SUBSI 22.02.2013

EU-Folgedokumente:

6205/13 vom 11.02.2013

6713/13 vom 22.02.2013

8358/13 vom 11.04.2013

13908/13 vom 23.09.2013

14085/13 vom 27.09.2013

14085/1/13 REV 1 vom 03.10.2013

6485/14 vom 14.02.2014

6485/14 COR 1 vom 19.02.2014

P7_TA-PROV(2014)0441 vom 16.04.2014

8742/14 vom 23.04.2014

8830/14 vom 28.04.2014

9376/14 vom 05.05.2014

9595/14 vom 07.05.2014

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Innenausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Frist für die Abgabe der Voten: 15.10.2014

Ingrid Arndt-Brauer, MdB
Vorsitzende